

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 179 (2013)

Heft: 1-2

Artikel: Hickhack : unwürdig und besorgniserregend

Autor: Orelli, Martin von

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-327611>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hickhack: unwürdig und besorgniserregend

Für die Armee geht ein bewegtes Jahr zu Ende. Vornehmlich wurde um ihre Finanzierung gestritten, wenn es nicht gerade um eine weitere Facette des Gripen-Geschäfts ging. Es besteht kein Zweifel daran, dass in unserem Land nach wie vor kein nationaler Konsens mehr besteht zur Rolle und zu den Aufgaben der Armee. Offensichtlich konnte der sicherheitspolitische Bericht 2010 keine Klärung bringen, denn jeder nimmt daraus, was ihm gerade passt.

Martin von Orelli

Das Hickhack zwischen Landesregierung und Parlament in Sachen Finanzen ist ebenso grotesk wie unwürdig. Im Herbst 2011 hat das Parlament einen Planungsbeschluss gefasst, wonach der Armee bei einem Bestand von 100 000 AdA 5 Mia. CHF pro Jahr zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Landesregierung ist zwar, weil es sich um einen Planungsbeschluss handelt, nicht daran gebunden, muss ihre abweichende Haltung jedoch begründen. Welches auch immer die bundesrätlichen Begründungen sind, so gilt es festzuhalten:

Für die Schweizer Bürgerinnen und Bürger gilt nach wie vor das Prinzip, dass die Exekutive die Beschlüsse der Legislative umsetzen muss; das haben wir alle im staatsbürgerlichen Unterricht vor vielen Jahren gelernt. Die heutige Situation zeigt jedoch, dass die Landesregierung nicht gewillt ist, dem Parlamentsbeschluss vom Herbst 2011 zu folgen. Sie setzt sich darüber hinweg und führt als Begründung im Wesentlichen finanzielle Gründe auf, als ob sie nicht wüsste, dass alle anderen Departemente nur etwas weniger schnell wachsen könnten und bei weitem nicht sparen müssten, um die Vorgaben des Parlaments zu erfüllen.

Der armeerelevante Bereich wird in die Bedeutungslosigkeit gedrängt

Im SIPOL B 2010 hat die Landesregierung eine Neugewichtung der Armeeaufträge vorgenommen: neu liegt der Akzent bei der Unterstützung der zivilen Behörden. In Sachen Verteidigung soll die Armee lediglich «im Sinne einer Kernkompetenz mindestens den Einsatz von Brigaden/Kampfgruppen beherrschen».

Damit ist es aus bundesrätlicher Sicht gegeben, dass die Armee weniger Geld benötigt, denn Unterstützungsleistungen zugunsten der zivilen Behörden sind weniger aufwändig als die Aufrechterhaltung der Kernkompetenz. Die Landesregierung weiss dabei aber sehr wohl, dass sich weitere finanzielle Einschränkungen in der Armee direkt auf die Verteidigungsfähigkeit, also auf einen Verfassungsauftrag, auswirken werden. Das bedeutet mit anderen Worten, dass jener Bereich, für den nur eine Armee gerade stehen kann, an den Rand der Bedeutungslosigkeit gedrängt wird. Damit entzieht die Landesregierung – gewollt oder ungewollt – der Armee ihre Existenzberechtigung, denn die Bereiche Unterstützung der zivilen Behörden und Beiträge zur Friedensförderung sind keine Kernaufgaben der Armee.

Keine Landesregierung sondern sieben Departementschefinnen und -chefs

Dass die gleiche Landesregierung lakonisch festhält, die Armee müsse auch mit nochmals reduzierten finanziellen Mitteln alle Aufträge erfüllen, ist erschütternd. Muss man die Wurzel des Übels darin sehen, dass unsere Landesregierung nur noch aus sieben Departementschefinnen und -chefs besteht, denen die übergeordneten Interessen – deren wesentlicher Bestandteil die Sicherheit ist – offenbar eher gleichgültig zu sein scheinen? Jede und jeder kämpft um die Interessen seines Departements, denn am Schluss werden sie und er daran gemessen.

Als Bürger werden wir uns wahrscheinlich noch mit weiteren «Neuerungen» anfreunden müssen. Das Ganze hätte einen gewissen Unterhaltungswert, wäre

es nicht so besorgniserregend. Es wird interessant sein zu beobachten, wer den längeren politischen Atem in Bern hat: das Parlament oder die Landesregierung. Dabei könnten die Kantone eine gewichtige Rolle spielen. Die Absicht der Armeeführung, als Folge der erheblich gekürzten finanziellen Mittel massive Einsparungen an der Infrastruktur vorzunehmen, wird direkte Auswirkungen auf Arbeitsplätze haben!

Vergessen wir nicht, dass im Herbst 2013 eine bedeutungsvolle Abstimmung ansteht, in der es um die Substanz unserer Armee geht: die Initianten wollen nicht mehr und nicht weniger, als unserer Armee die personellen Ressourcen entziehen; damit sind wir einmal mehr mit einer Armee-Abschaffungsinitiative konfrontiert! Ich wünsche mir, dass unsere höchsten exekutiven Verantwortungsträger in Sachen Sicherheit wieder den Weg in die Realität zurückfinden. Sie könnte sich unter anderem darin zeigen, etwas weniger Departementschefs zu sein und dafür mehr Mitglied einer Landesregierung, die für das Gesamtwohl des Landes verantwortlich zeichnet und den Verfassungsaufträgen verpflichtet ist. ■

Dieser Beitrag erschien auf dem Blog der Gesellschaft für Generalstabsoffiziere GGstOf und wird hier mit freundlicher Genehmigung des Autors leicht gekürzt übernommen. Sch



Divisionär a D
Martin von Orelli
Präsident GGstOf
Dr. phil.
7000 Chur

Handelsblatt-Konferenz: Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie

An der zum neunten Mal in Berlin durchgeführten Konferenz «Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie» diskutierten rund 350 Vertreter aus Politik, Militär und Rüstungsindustrie über die aktuellen Herausforderungen der Sicherheitspolitik und der Streitkräfte sowie über die Probleme der Verteidigungs- und Rüstungspolitik im Zuge der Multinationalisierung und Globalisierung.

Hans-Peter Gubler, Redaktor ASMZ

Der deutsche Verteidigungsminister de Maizière äusserte sich zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen in Europa und zur laufenden Bundeswehrreform. Durch die verstärkte strategische Ausrichtung der Amerikaner in Richtung Asien und Pazifik wird Europa stärker für die eigene Sicherheit sorgen müssen, sagte der Minister. «Noch bleibe die gemeinsame Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik hinter ihren Möglichkeiten zurück». Er betonte gleichzeitig die Anstrengungen Deutschlands und der Bundeswehr, die gewillt seien, mehr internationale Verantwortung zu übernehmen. Die

ationale Zielvorgabe der Bundeswehr liege darin, Konflikte auf Distanz zu halten und bei Bedarf auch Führungsverantwortung als Rahmennation in multinationalen Operationen zu übernehmen. Das breite Fähigkeitsspektrum lasse sich mit den verfügbaren Ressourcen aber nur mit dem Prinzip «Breite vor Tiefe» durchhaltetfähig realisieren.

Keine Alternative zur Bundeswehrreform

Gemäss de Maizière gibt es in Deutschland keine Alternative zur laufenden Bundeswehrreform. Sowohl die Reform als auch der Wechsel zur Freiwilligenarmee

seien trotz finanzieller Engpässe auf Kurs; eine Nachsteuerung, respektive Anpassungen seien aber im späteren Verlauf unumgänglich. Zudem könne auf Grund der absehbaren demografischen Entwicklung der künftige Bedarf nur mit einer weiter verbesserten Personalgewinnungsorganisation erreicht werden.

Gemäss neusten Zahlen konnte die Bundeswehr im Jahre 2012 über 10 000 Freiwillige rekrutieren; dies sind doppelt so viele wie anfänglich erwartet worden war. Bis Ende November 2012 hatten sich

Verteidigungsminister de Maizière (links) an der Handelsblattkonferenz 2012.

Bild: EUROFORUM/D. Gust.

